

# SPD und Nachrüstung

## Partei auf Gegenkurs zum eigenen Bundeskanzler

**Während der NATO-Ministerrat in Rom den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 — Nachrüstung mit gleichzeitigem Angebot zu Rüstungskontrollverhandlungen — soeben noch einmal bestätigt hat, setzt die SPD zu Hause die Demontage der Fundamente unserer Verteidigung unvermindert fort. Sie gefährdet die Sicherheitsinteressen unseres Landes unmittelbar. Mit dem Beschluß des SPD-Landesparteitages von Baden-Württemberg und mit der dortigen Rede ihres Parteivorsitzenden Brandt haben die Sozialdemokraten ihre breit angelegte Offensive gegen den Doppelbeschluß der NATO und gegen die Politik unseres amerikanischen Bündnispartners auf eine neue Ebene gehoben.**

Der SPD-Vorsitzende scheint entschlossen, seine Partei auf Gegenkurs zum Bundeskanzler und zur Koalitionsregierung zu steuern. Trotz der ungehemmten Aufrüstung der Sowjetunion und trotz fortdauernder Androhung und Anwendung militärischer Gewalt ist die SPD bereit, um der vagen Hoffnung auf sowjetische Abrüstungsschritte willen die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen des Atlantischen Bündnisses und des eigenen Landes zu vernachlässigen, wenn nicht ganz zu verhindern.

**Wie in den fünfziger Jahren, als die SPD gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Allianz kämpfte, verschließen große Teile der SPD auch heute wieder die Augen vor der Realität sowjetischer Macht- und Rüstungspolitik.**

Sie wenden sich damit bewußt gegen Bundeskanzler Schmidt, der in seiner vielbeachteten Londoner Rede vom November 1977 den entscheidenden Anstoß für die Überlegungen gegeben hat, die zum Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 führten.

Diese Analyse ist heute so zutreffend wie damals. Zwingender jedoch als 1977 gilt im Frühjahr 1981, daß der militärisch überlegenen Sowjetunion ausreichende und richtige Mittel gegenübergestellt werden müssen, um unserer Strategie nicht die

Grundlage zu entziehen. Nach allen vorliegenden Äußerungen hält der Bundeskanzler bis heute an dieser Bewertung fest.

**Doch Schmidt verfügt in den Grundfragen unserer Sicherheit über keine Mehrheit in seiner eigenen Partei. Der neugewählte SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Ulrich Lang, konnte deshalb dem SPD-Bundeskanzler ganz offen den Regierungssturz androhen.**

Dies ist der vorläufige Schlußpunkt einer innerparteilichen Krise, die bereits vor dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 gährte. Schon damals hat sich Erhard Eppler zum Wortführer aller Sozialdemokraten gemacht, die der gefährlichen Illusion verfallen sind, durch einseitigen westlichen Rüstungsverzicht könne die Sowjetunion zur Abrüstung veranlaßt werden.

Mit Blick auf den Berliner SPD-Bundesparteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 gibt Eppler am 25. November 1979 im Südwestfunk die Devise aus:

*„Je mehr ich mich in die Sache vertiefe, desto weniger halte ich den Beschluß, der im Dezember von der NATO gefaßt werden soll, für richtig. Ich glaube, daß der Beschluß, jetzt in der Bundesrepublik Raketen zu stationieren, mit denen man Moskau zerstören kann, so eine Provokation der Sowjetunion ist, wie etwa die Stationierung von Raketen, mit denen man den Süden der Vereinigten Staaten treffen kann, in Kuba seinerzeit. Und ich glaube nicht — nach allem, was ich jetzt sehe —, daß diese Provokation nötig ist, und ich glaube auch nicht, daß sie hilfreich ist, weil sie natürlich nur die Rüstungsschraube auf allen Seiten um eine Drehung weiterbringen wird.“*

Und in der Tat haben sich die Beschlüsse des Berliner SPD-Parteitages zum Thema Nachrüstung sehr schnell als untauglicher Formelkompromiß erwiesen: Die ständig wachsende Zahl der Nachrüstungsgegner in der SPD leitet die vermeintliche Rechtfertigung ihrer Ablehnung ebenso daraus ab wie auf der anderen Seite der Bundeskanzler und die schwindende Zahl der Befürworter.

**Dabei interpretiert Egon Bahr den Berliner Beschluß in unzweideutiger Form: Nicht um unserer Sicherheit willen, sondern der amerikanischen Bereitschaft zur Rüstungskontrolle wegen habe man sich — und nur unter großen Bedenken — für den zu erwartenden NATO-Beschluß eingesetzt:**

*„Der Entscheidung über den Bau und die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf europäischem Boden zuzustimmen, ist uns nicht leichtgefallen. Auch hier hatten wir Realitäten anzuerkennen. Denn: Wir drängen auf Verhandlungen. Aber: Die Zustimmung der USA dazu war nur über unsere Zustimmung zum militärischen Teil des NATO-Beschlusses zu erhalten.*

*Unser Ziel bleibt unerschütterlich: Wir wollen die frühestens für 1983 vorgesehene Stationierung der Waffen in Europa überflüssig machen. Wir nennen das die ‚auflösende Bedingung‘. Die in unserem Sinne und mit unserer Zustimmung gefaßten Beschlüsse der NATO lassen Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und Entspannung in den 80er Jahren zu.“*

Karsten Voigt unterstreicht diese politisch unrealistische Prioritätenfolge noch einmal, wenn er im Juni 1980 im „Vorwärts“ ausführt:

*„Der Rüstungskontrolle gebührt deshalb der politische Vorrang vor der Nachrüstung. Wenn schon die Regierungen mit dem Tempo der Waffenproduzenten nicht mithalten können, müssen sie wenigstens politische Bremsen einbauen, die verhindern, daß die Entwicklung neuer Waffentechnologien den Inhalt unserer Politik vorwegentscheidet. Beim Rüstungswettlauf ist, weil er in eine Sackgasse führt, ein Schritt zurück der mutigste Schritt zum Fortschritt.“*

Was hier als mutiger Schritt zum Fortschritt bezeichnet wird, geht zum gleichen Zeitpunkt in den Forderungskatalog der sich mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokraten formierenden Initiativen gegen die Nachrüstung und gegen eine enge Bindung an die USA ein. Hierzu meldet Karsten Voigt an gleicher Stelle folgende Forderungen an:

**1.** Wir brauchen eine neue demokratische Friedensbewegung, die über Parteigrenzen hinweg offen bleibt und gleichwohl in der Kontinuität der sozialdemokratisch/liberalen Friedens- und Entspannungspolitik steht.

**2.** Wir brauchen eine Friedensbewegung, die dadurch politische Einflußchancen erwirkt, daß sie ihr friedenspolitisches Engagement — ohne phantasievolle und auch spielerische Aktionsformen in der Friedensbewegung auszuschließen — mit einer ebenso großen Bereitschaft zur rationalen Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen und militärischen Fragestellungen verbindet.

**3.** *Wir brauchen ein friedenspolitisches Bündnis relevanter und demokratisch glaubwürdiger gesellschaftlicher Kräfte im In- und Ausland, das insbesondere Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen, Vertreter von Jugendorganisationen, Frauenbewegung, Wissenschaftler, Künstler, Militärs und Liberale umfaßt und Kontakte mit befreundeten Parteien in der Sozialistischen Internationale, mit liberalen Gruppen in den USA und anderen demokratisch glaubwürdigen Gruppen der demokratischen Linken und der internationalen Friedensbewegung pflegt.“*

Zwischenzeitlich bringen die Bundestagswahlen im Oktober 1980 einen erheblichen Zuwachs für die SPD-Linke. Bereits im November meldet sich diese Linke brieflich beim „lieben Genossen Schmidt“ und fordert für die Regierungserklärung des Bundeskanzlers die Bestätigung des Vorrangs der Rüstungskontrolle durch folgenden Passus:

„Die Bundesregierung hält am politischen Vorrang der Rüstungskontrolle und damit am Vorrang des Verhandlungsangebotes, das die NATO verbunden mit ihrem Beschluß über die Modernisierung ihres nuklearen Mittelstreckenpotentials gegenüber der Sowjetunion gemacht hat, fest. Ihr Ziel ist es, das Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu stabilisieren und durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarten

gemeinsamen Begrenzung der Mittelstreckensysteme die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen.“

Den Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses nehmen führende Sozialdemokraten, darunter 4 Bundestagsabgeordnete, im Dezember 1980 in Bielefeld zum Anlaß, einen Abrüstungsappell an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Fraktion und den Bundeskanzler zu richten:

„Gerade zu einem Zeitpunkt, da die Neuorientierung der Sicherheitspolitik dringlich ist (mit Anspruch auf Gewährleistung der sozialen Sicherheit und der inneren Stabilität), beschwört die Politik von Hans Apel durch militärische Demonstrationen, Paraden, Ordensverleihungen und öffentliche Gelöbnisse und Ungeist des Militarismus herauf und schafft ein psychologisches Klima, das auch die Soldaten der Bundeswehr einer nicht verantwortbaren Belastung aussetzt.

*Aus all diesen Gründen erscheint es uns als dringend notwendig, zur ursprünglichen Absicht der Entspannungspolitik vor zehn Jahren zurückzufinden und ein Zeichen zur Umkehr zu setzen. Wir Sozialdemokraten sind durch die Geschichte unserer Partei und unseres Volkes besonders verpflichtet, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.*

Deshalb fordern wir den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß

ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);

die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird.“

In Berlin formiert sich kurz darauf die „Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“, in der der frühere Regierende Bürgermeister Albertz und der stellvertretende Landesvorsitzende Egert tonangebend sind.

Im Januar 1981 richten 24 SPD-Bundestagsabgeordnete einen Antrag an ihre Fraktion, in der sie die Kürzung des Verteidigungsetats um eine Milliarde Mark zugunsten der Entwicklungshilfe fordern. Zur Begründung führen sie u. a. aus:

„Mehr Waffen machen die Welt nicht mehr sicherer, sondern nur noch ärmer. Es muß daher unter sozialdemokratischer Führung gelingen, in der Bundesrepublik damit zu beginnen, einen unter Sicherheitsaspekten verzichtbaren Teil der unproduktiven Ausgaben für immer neue Rüstungsgüter in produktive Aufwendungen für Entwicklungshilfe umzulenken.“

Im Februar 1981 fordert der Fraktions-Linksaußen Karl-Heinz Hansen in der Zeitschrift „konkret“ ohne Umschweife: „Kündigt den ‚Nachrüstungsbeschuß‘!“ und greift gleich anschließend seinen Kanzler frontal an:

*„Wie lange noch will die Sozialdemokratische Partei ohnmächtig zusehen, wie ihr stellvertretender Vorsitzender, alias Bundeskanzler Schmidt, fortgesetzt gegen proklamiertes Selbstverständnis und programmierte Zielsetzung seiner Partei handelt?*

Wie groß muß die Zahl der politisch bewußten Demokraten werden, die sich nach dem 5. Oktober 1980 durch die Praxis der mit ihrer Hilfe wieder regierenden Sozialdemokraten getäuscht sehen, damit was geschieht?

Hat die Fixierung auf parlamentarische Mehrheiten und bloße Machterhaltung schon so ansteckend gewirkt, daß die Partei dafür den Preis gesellschaftlicher Wirkungslosigkeit zu bezahlen bereit ist?

Sind die an CSU-Diktion erinnernden Kanzlerankündigungen vom ‚Ende der Wohltaten‘ und vom Anfang notwendiger sozialpolitischer ‚Grausamkeiten‘ schon übergegangen in schlichte politische Schweinereien?

Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik ist dieser Eindruck zwingend.“

**Im März 1981 reist eine Delegation der Jungsozialisten in der SPD unter Führung ihres Bundesvorsitzenden Piecyk zu Gesprächen mit der FDJ-Spitze in die DDR. Im gemeinsamen Kommuniqué, das die Unterschrift von Egon Krenz, 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, und die des Juso-Vorsitzenden trägt, lesen wir unter anderem:**

„Zentral ist das Anliegen beider Seiten, daß es unverzüglich zu Verhandlungen kommt, damit in ganz Europa keine weiteren Mittelstreckenraketen aufgestellt und die bereits vorhandenen Systeme möglichst schnell auf der Basis des militärischen Gleichgewichts verringert werden.“

...

„Jungsozialisten in der SPD und die FDJ setzen sich dafür ein, unverzüglich Verhandlungen zu beginnen, damit die NATO-Länder und die UdSSR in ganz Europa keine weiteren Mittelstreckenwaffen dislozieren und die bereits vorhandenen Systeme möglichst schnell auf der Basis eines militärischen Gleichgewichts verringert werden. Sie begrüßen es, wenn bereits zu Beginn der Verhandlungen die vorhandenen Mittelstreckenraketen in Europa auf dem bisherigen Stand eingefroren und jegliche Vorbereitungen auf eine Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite eingestellt werden.“

**Wiederum unter der Führung von Piecyk, fährt eine Delegation der Jusos drei Wochen später in die Sowjetunion. Das Bundessekretariat der Jungsozialisten erklärt hierzu:**

„Die Verhinderung der Stationierung zusätzlicher atomarer Mittelstreckenraketen und eine Verringerung des atomaren Potentials auf beiden Seiten bleibt ein Anliegen all derjenigen, die wie die Jungsozialisten davon ausgehen, daß jede Rakete — auf beiden Seiten — nicht mehr Sicherheit, sondern ein Mehr an Unsicherheit bedeutet.“

Nach Rückkehr aus Moskau veröffentlichen die Jusos folgenden Text:

„Die Jungsozialisten haben auch bei ihren Gesprächen in Moskau deutlich gemacht, daß sie für schnelle Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen für Europa mit dem Ziel der beiderseitigen Beseitigung eintreten.

*Wie der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Willi Piecyk in Bonn erklärte, sind die Jungsozialisten nach wie vor der Auffassung, daß die von der NATO verlangte Stationierung neuer Atomraketen und Marschflugkörper in der Bundesrepublik nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit schaffen würde. Deshalb wollen die Jungsozialisten auch auf dem SPD-Bundesparteitag 1982 für die Aufkündigung des NATO-Rüstungsbeschlusses durch die Bundesrepublik eintreten. Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers machen so gut wie täglich deutlich, warum die Bundesrepublik aus ureigenen Interessen eine andere Politik machen muß als die Reagan-Administration.“*

Inzwischen legt der SPD-Unterbezirk Bonn — und eine große Zahl weiterer Untergliederungen der SPD wiederholen in den folgenden Wochen ähnliches — einen formellen Beschluß mit dem Titel „Schwerpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik in den 80er Jahren“ vor. Darin wird gefordert, die Entspannung weltweit zu machen und sie durch Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu vervollständigen:

„Das bedeutet konkret: Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses, keine Stationierung von atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa;

Unterstützung des polnischen und französischen Vorschlages für eine gesamt-europäische Abrüstungskonferenz mit dem Ziel der Reduzierung der in und für Europa vorgesehenen atomaren Waffen;

Verhinderung der Einführung der Neutronenbombe, die nicht nur, wie oft behauptet, als Defensivwaffe gegen Panzeransammlungen eingesetzt werden kann, sondern auch als Offensivwaffe geeignet ist;

Unterstützung von Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen und Schaffung militärisch verdünnter Zonen entlang der Grenzen zwischen den Blöcken und zu den blockfreien Ländern;

Verzicht auf die im NATO-Langzeitprogramm festgelegte jährliche Steigerungsrate des Rüstungshaushaltes, die eine der Friedenspolitik widersprechende Aufrüstungspolitik bedeutet.“

Unter Zustimmung der Bundesminister Hauff, von Bülow, Offergeld und Huonker erklärt der Landesvorstand der baden-württembergischen SPD Ende März 1981 unter anderem:

„Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet. Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.“

Und Egon Bahr sekundiert aus Bonn mit der Bemerkung, der Vorstandsbeschluss der baden-württembergischen SPD sei „mehrheitsfähig für die gesamte SPD“.

Während Karl-Heinz Hansen seinen Gegenkurs zur NATO in Juso-Manier zunehmend mit antiamerikanischen Ausfällen anreichert („die USA wollen die Europäer als Geisel mißbrauchen“; die Bundesrepublik Deutschland begäbe sich gegenüber den USA in einen „Zustand vorweggenommener Abhängigkeit“) formuliert der Berliner Wissenschaftssenator Gaus am 27. April 1981:

*„Ich bin der Meinung, daß wir das Bündnis, zu dem wir gehören und von dem ich meine, daß wir in ihm auf unabsehbare Zeit verbleiben müssen, neu zu definieren haben. Ich bin nicht der Meinung, daß den amerikanischen Interessen durch eine Unterwerfungs-Politik der Bundesregierung gedient ist.“*

**Wer so redet, übersieht, daß die Grundlage unserer Sicherheit unverändert die deutsche Einbindung ins Atlantische Bündnis ist, in dem die Amerikaner eine unverzichtbare und überragende Rolle spielen. Daß gerade ein Berliner Senator dies offensichtlich anders sieht, ist eine groteske Beigabe.**

Diese antiamerikanische Linie setzt Willy Brandt auf dem jüngsten Parteitag der baden-württembergischen SPD in Aalen fort:

*„Im übrigen ist es für mich, der um den Wert der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit weiß, enttäuschend, wieviel törichte Dinge uns seit einiger Zeit — nicht erst seit Januar — aus Washington zugemutet werden. Aber warum sollte es auch einen deutschen oder europäischen oder sowjetischen! — Monopolspruch auf politische Dummheiten geben. Dennoch: Es ist schon allerlei, wenn es, nicht weit vom Präsidenten der USA entfernt, Leute gibt, die sich anmaßen, über den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland zu verfügen. Oder die einen Mann wie Robert McNamara vorwerfen, er habe mit der Weltbank ‚die Förderung des Sozialismus‘ betrieben. Glaubt man dort wirklich, wir könnten solche Einlassungen ernst nehmen? Es gibt eine Grenze dessen, was man uns zumuten darf.“*

Es ist derselbe Parteitag, auf dem mit großer Mehrheit und unter Beifall von Willy Brandt („wichtiger und gewichtiger Beitrag“) ein Leitantrag verabschiedet wird, der erneut den Verzicht auf die geplante Nachrüstung der NATO fordert. In diesem Antrag, der Elemente des Vorstandsbeschlusses vom 22. März aufnimmt, liest man unter anderem:

*„Eine Politik, die eine militärische Überlegenheit anstrebt oder das Ost-West-Verhältnis durch sonstige Schritte verschlechtert, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet: Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.“*

Wir erwarten, daß die Verhandlungen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichts auf eine eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage.

An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitages entfallen und eine Revision des Beschlusses notwendig ist.“

Vor dem Hintergrund der tiefgehenden Nachrüstungskontroverse innerhalb der SPD hat der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl in Erwiderung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 7. Mai 1981 im Deutschen Bundestag ausgeführt:

**„Wir erleben eine Sozialdemokratie, die zutiefst unsicher und innerlich zerstritten ist über die Grundlagen und Ziele deutscher Sicherheits- und westlicher Bündnispolitik.**

**Wir erleben einen Bundeskanzler, der sich auf die Zustimmung und Solidarität seiner Partei nicht mehr verlassen kann und zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit, den Koalitionszwängen und den Anforderungen seiner Partei laviert und in seinen Handlungen in Wahrheit gelähmt ist.“**

Die CDU verfolgt das Abgleiten der SPD in eine Politik, die die bewährten Grundlagen unserer Außen- und Sicherheitspolitik aushöhlt, mit größter Sorge. Die CDU steht nach wie vor gleichermaßen zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der eine euro-strategische Nachrüstung des Bündnisses mit einem Angebot an den Osten zu ernsthaften Verhandlungen über euro-strategische Rüstungsbegrenzung verbindet.

**Dabei ist der Unterschied beider Teile des Beschlusses zu beachten: die Nachrüstung ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, deren Verwirklichung in der Hand der NATO liegt; die Rüstungsbegrenzung ist eine außenpolitische Notwendigkeit, deren Verwirklichung nicht allein in der Hand des Bündnisses liegt, sondern jetzt vom ernsthaften Friedenswillen Moskaus abhängt. Die Sowjetunion hat auf erhebliche einseitige Rüstungsverzichte des Westens in den letzten Jahren nur mit verstärkter Rüstung geantwortet. Es ist daher grotesk, wenn die Europäer jetzt die Beweislast für den Willen zur Rüstungsbegrenzung den Amerikanern aufbürden.**

Der Irrglaube, daß Verhandlungen — die CDU will diese Verhandlungen — eigene Sicherheitsleistungen überflüssig machen, kann nur zur Schwächung unserer Verteidigungsfähigkeit führen und damit auch zur Minderung der Chancen für ausgewogene Abrüstung. Für Moskau ist dieser Irrglaube ein strategisches Instrument.